

Tagesordnung I Punkt 6 der öffentlichen Sitzung am 26. März 2015

Antrags-Nr. 15-F-03-0045

Prävention gegen Radikalisierung

- Antrag der Stadtverordnetenfraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 18.03.2015 -

„Rechtsextremismus, Islamismus und Neo-Salafismus stellen eine zunehmende Bedrohung der inneren Sicherheit dar.“ Diese Aussage trifft das ‚Violence Prevention Network‘ (Partnernetzwerk des Landes Hessen, der Bundesministerien des Inneren, der Justiz und der Bundeszentrale für politische Bildung, um nur einige Partner zu nennen) auf seiner Website (<http://www.violence-prevention-network.de/>). Durch die beiden Syrienrückkehrer aus Kastel wird deutlich, dass das Thema „radikalisierte junge Muslime und Muslimas“ auch in Wiesbaden Bedeutung erlangt hat. Am 24. September 2014 verabschiedete die schwarz-grüne Landesregierung den Ausbau des bestehenden Beratungsnetzes und die Schaffung eines eigenen Aussteiger/innenprogrammes.

Auch in Wiesbaden müssen Strukturen geschaffen werden, die die Umfeldler der Betroffenen sensibilisieren, möglichen Radikalisierungstendenzen bei Jugendlichen und jungen Erwachsenen mit präventiven Maßnahmen begegnen, bzw. Radikalisierten die Chance eines Ausstieges/einer Deradikalisierung eröffnen.

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat wird beauftragt,

1. zu berichten, welche Maßnahmen von Seiten des Magistrats bislang unternommen wurden, um die bestehende „Plattform Extremismus“ speziell in Bezug auf den Salafismus weiterzuentwickeln und wie er die bisherige Arbeit bewertet?
2. aufzuzeigen, welche Möglichkeiten bestehen, um an vorhandene Netzwerke zur Prävention und Deradikalisierung auf Bundes und Landesseite anzuknüpfen (z.B. dem Violence Prevention-Network / 'Beratungsstelle Radikalisierung' Land Hessen und Bund, etc.).
3. in Abstimmung mit z.B. einem der vorgenannten Netzwerkpartner eine Anlaufstelle in Wiesbaden einzurichten, die Maßnahmen zu dem Thema 'Salafismusprävention' anbietet.
4. unter der Federführung der oben genannten Anlaufstelle werden/wird:
 - a. regelmäßige Informationsveranstaltungen mit Multiplikatoren (z.B. Trägern von Jugendarbeit, Sozialarbeiter/innen, Streetworker/innen, islamischen Gemeinden, Lehrer/innen, etc.) durchgeführt, die wesentlichen Kenntnisse vermitteln und eine Sensibilisierung für die Früherkennung von Radikalisierungen ermöglichen.
 - b. Aufklärungseinheiten für gefährdete Jugendliche angeboten, die dazu dienen, islamistischen Radikalisierungstendenzen vorzubeugen.
 - c. ein Beratungsangebot für Eltern und /oder Angehörige und Freunde von „gefährdeten Jugendlichen“ geschaffen.

5. Ein Pilotprojekt 'Aufklärung und Prävention' mit einer oder mehreren Islamischen Gemeinden zur Unterstützung und in Zusammenarbeit mit ihrer Jugendarbeit zu schaffen.
6. Der Wichtigkeit dieser gesamtgesellschaftlichen Herausforderung entsprechend, eine Stabsstelle beim Oberbürgermeister der Landeshauptstadt Wiesbaden einzurichten.

Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 26. März 2015

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Nach Ziffer 6 wird eingefügt:

7. Der Magistrat wird gebeten,

sich beim Land Hessen für eine bedarfsgerechte Erhöhung der Mittel für eine muslimische Seelsorge in JVA's einzusetzen.

Änderungsantrag der FDP -Stadtverordnetenfraktion vom 26. März 2015

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Nach Ziffer 6 wird eingefügt:

7. Die Stadtverordnetenversammlung kritisiert die Weigerung des Landes Hessens, die bereitgestellten Mittel für die muslimische Seelsorge in Justizvollzugsanstalten an den tatsächlichen Bedarf anzupassen. Der Magistrat wird daher gebeten, sich mit Nachdruck für eine Erhöhung der Mittel einzusetzen.
8. Der Magistrat wird gebeten,
 - a. zu ermitteln, welche Kosten durch eine Aufstockung der muslimischen Seelsorge in der JVA Wiesbaden auf ein hinreichendes Maß entstünden.
 - b. diesen Betrag für die Beratungen zum Haushalt 2016/2017 anzumelden, sollte bis dahin keine Lösung mit dem Land Hessen gefunden worden sein.

Beschluss Nr. 0101

1. Die Ziffern 1 und 2 des Antrages der Fraktion Bündnis90/DIE GRÜNEN vom 18.03.2015 sind durch Aussprache erledigt.
2. Die Ziffern 3 - 6 des Antrages der Fraktion Bündnis90/DIE GRÜNEN vom 18.03.2015, deren Änderungsantrag vom 26.03.2015 sowie der Änderungsantrag der FDP-Fraktion werden an den Ausschuss für Bürgerbeteiligung, Völkerverständigung und Integration überwiesen.

Dem Magistrat
mit der Bitte um weitere Veranlassung

Wiesbaden, .04.2015

Dem Vorsitzenden des Ausschusses für
Bürgerbeteiligung, Völkerverständigung
und Integration
mit der Bitte um weitere Veranlassung

Nickel
Stadtverordnetenvorsteher

Der Magistrat
-16 -

Wiesbaden, .04.2015

Dezernat V
mit der Bitte um Kenntnisnahme

Gerich
Oberbürgermeister